

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Koch
Tel. 05 61/7 87-12 26
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: stavo-buero@stadt-kassel.de

Kassel, 31.03.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **19.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

**Dienstag, 08.04.2008, 17.00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

1. **Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi)**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
- 101.16.860 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
2. **Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Petra Friedrich
- 101.16.819 -
3. **Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Donald Strube
- 101.16.831 -

4. **Kosten der Unterkunft anpassen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Schomburg
- 101.16.865 –
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
5. **Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Lipschik
- 101.16.866 -
6. **Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Friedrich
- 101.16.867 -

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 08.04.2008, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi) | 101.16.860 |
| 2. | Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative" | 101.16.819 |
| 3. | Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen" | 101.16.831 |
| 4. | Kosten der Unterkunft anpassen | 101.16.865 |
| 5. | Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche | 101.16.866 |
| 6. | Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter | 101.16.867 |

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 31.03.2008 ordnungsgemäß einberufene 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtkämmerer Dr. Barthel bittet darum, Tagesordnungspunkt 6 – Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter, Antrag Fraktion B90/Grüne, 101.16.867 – vorzuziehen, da die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Seuren-Kronenberg, einen Anschlusstermin hat.

Dagegen erhebt sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Stadtverordneter Dr. Schnell bittet darum, Tagesordnungspunkt 3 – Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle „Fuldaseen“, Antrag der CDU-Fraktion, 101.16.831 – heute abzusetzen, da sich der Ortsbeirat Waldau noch mit der Angelegenheit befasst. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden.

Vorsitzende Diederich stellt die geänderte Tagesordnung fest.

6. Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.867 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit ist bei der Leistungserbringung unter Aufgabe der bisherigen Trennung zwischen Stadt- und Landkreis eine funktionale Fusion erreicht?
2. Wie bewertet der Magistrat die bisherigen Erfahrungen qualitativ?
3. Welche Aufgaben werden noch getrennt nach örtlicher Zuordnung wahrgenommen?
4. Wird die psycho-soziale Versorgung betroffener Menschen einheitlich oder getrennt nach Stadtbezirk und Landkreisbezirk erbracht?
5. Sind die Stellen im Bereich der psycho-sozialen Versorgung im Stellenabbauprogramm „90 Minus“ einbezogen und qualitativ bewertet worden?
6. Hält der Magistrat die Qualität der psycho-sozialen für sichergestellt?

Frau Dr. Seuren-Kronenberg, Leiterin des Gesundheitsamtes, beantwortet die Anfrage und die anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt die schriftliche Antwort als Anhang zum Protokoll zu. Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

- 1. Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.860 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Zur Wiedereingliederung von erwerbslosen Frauen und Männern in Kassel wird angestrebt, durch Teilnahme am Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ mindestens 100 zusätzliche, befristete, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Dabei sind die folgenden Rahmenbedingungen zu beachten:

- a) Gefördert werden tariflich bzw. ortsüblich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für zusätzliche, wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Stadt Kassel bzw. anderer Arbeitgeber, die im Einvernehmen mit der Stadt Kassel tätig werden.
- b) Die Arbeitsplätze müssen mit Personen besetzt werden, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos gemeldet sind und die seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II erhalten.
2. Die Stadt zahlt sowohl für eigene, als auch für Arbeitsverhältnisse, die bei Dritten im Rahmen des Programms abgeschlossen werden, ergänzende Lohnkostenzuschüsse.
3. Für Arbeitsverhältnisse bei städtischen Ämtern werden im Sammelnachweis 1 (SN1) für das Haushaltsjahr 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von 280.000,00 € auf folgenden Sachkonten bereitgestellt:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
630 020 000 Gehälter einschl. Zulagen	227.000,00 €
641 000 000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gehaltsbereich	45.000,00 €
647 200 000 Zusatzversorgung Gehaltsbereich	8.000,00 €

Die Deckung der überplanmäßigen Mittel erfolgt durch die zusätzlichen Erträge aus Personalkostenerstattungen auf folgenden Sachkonten:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
508 101 100 Erstattungen von Personalaufwendungen vom Bund; aus dem Programm „Kommunal-Kombi“	112.000,00 €
508 101 500 Erstattungen von Personalaufwendungen vom sonst. öffentlichen Bereich; städt. Mittel aus dem Sachkonto 784 311 200 „Gemeinnützige Arbeit im Sinne des SGB II“	168.000,00 €

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die erforderlichen Finanzmittel bei der Haushaltsplanung berücksichtigt.“

Stadtkämmerer Dr. Barthel begründet die Vorlage und beantwortet gemeinsam mit Herrn Ruchhöft, Geschäftsführer AFK, ausführlich die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi), 101.16.860, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

2. Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.16.819 -

Anfrage

Der Deutsche Städtetag hat im Dezember die Initiative „Integration gemeinsam schaffen – christlich-muslimische Friedensinitiative“ vorgestellt:

Diese Initiative wird vom Deutschen Städtetag, von muslimischen und christlich-muslimischen Verbänden und bekannten Persönlichkeiten unterstützt.

Ziel der Initiative ist es:

- Gemeinsam mit Menschen aus allen Kulturkreisen ein friedliches und tolerantes Zusammenleben mit Menschen aus muslimischen Kulturkreisen in Deutschland zu fördern,
- für ein gutes Zusammenleben der Kulturen permanent und mit einfachen Mitteln und Beispielen Signale zu geben.

Ca. 12 % der Bevölkerung der Stadt Kassel sind BürgerInnen muslimischen Glaubens. Viele sind inzwischen eingebürgert.

1. Die Zahl der SeniorInnen muslimischen Glaubens nimmt zu. Werden seitens der muslimischen MitbürgerInnen Plätze in Seniorenheimen nachgefragt oder erfolgen erforderliche Betreuungen im Familienverband?
2. Gibt es Träger vorhandener Senioreneinrichtungen, die auf die besonderen Anforderungen im Hinblick auf Nahrungsversorgung, Überwindung der sprachlichen Barrieren und Vorhaltung eines Gebetsraumes vorbereitet sind oder Offenheit signalisieren, im Bedarfsfall Lösungen zu finden?

Den Mitgliedern liegt die schriftliche Antwort des Magistrats vor.
Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

- 3. Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.831 -

Abgesetzt

4. Kosten der Unterkunft anpassen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.865 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

Die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) für Transferleistungsbezieher werden um die wegen der erhöhten Abwassergebühren zu erwartenden Steigerung der Nebenkosten angepasst.

Stadtverordnete Schomburg begründet den Antrag.
Nach kurzer Aussprache fasst der Ausschuss nachfolgenden Beschluss.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kosten der Unterkunft anpassen, 101.16.865, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

5. Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.866 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel spricht sich für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche aus.

Als einen Schritt in diese Richtung soll eine Änderung von § 11 Abs. 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch dahingehend gefordert werden, dass das Kindergeld für Kinder bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II nicht als Einkommen angerechnet wird.

Denn das Kindergeld soll zweckgebunden dazu dienen, dass dem Kind Bildung, Erziehung und Teilhabe ermöglicht werden. Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, sich in diesem Sinne beim Deutschen Städtetag einzusetzen und eine entsprechende Initiative auf den Weg zu bringen.

Stadtverordnete Lipschik begründet den Antrag ihrer Fraktion. Im Laufe der Diskussion übernimmt sie die vorgebrachten Änderungsvorschläge und ändert den Antrag ihrer Fraktion ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel spricht sich für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche aus.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, sich in diesem Sinne beim Deutschen Städtetag einzusetzen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, 101.16.866, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

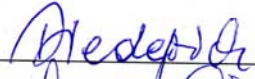
Anja Koch
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 19. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport am
Dienstag, 08.04.2008, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

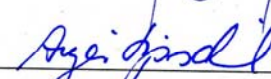
Hannelore Diederich, SPD
Vorsitzende



Michael Bathon, CDU
1. Stellvertretender Vorsitzender




Anja Lipschik, B90/Grüne
2. Stellvertretende Vorsitzende



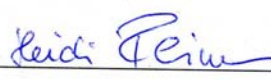
Wolfgang Decker, SPD
Mitglied



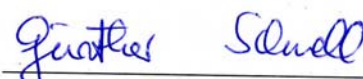
Petra Friedrich, SPD
Mitglied



Heidi Reimann, SPD
Mitglied



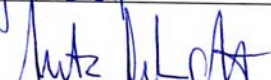
Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied



Sandra Rudolph, CDU
Mitglied




Lutz Schmidt, CDU
Mitglied



Donald Strube, CDU
Mitglied




Karl Schöberl, B90/Grüne
Mitglied



Ann-Christin Schomburg, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



André Lippert, FDP
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Kadri Eroglu,
Vertreter des Ausländerbeirates

Kadri Eroglu

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

entschuldigt

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Ber

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

entschuldigt

Schriftführung

Anja Koch,
Schriftführerin

A. Koch

Verwaltung/Gäste

Zulke IG

A. J. J. J.

Johnson, Lohr

Karl, J. J.

Dr. K. J. J. - J.

Rückh. 50-

Herr Fuchs, Beh. beirat

Beate J. J., HNS

-53- (Gesundheitsamt)

Kassel, 04.04.2008
Dr. Karin Seuren-Kronenberg
☎ 1003-1900

Bd. 24.4.08

-II- über -V- 21.4.08 Af



Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 08.04.2008

TOP 6: Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter

Zu 1.: Wie weit ist bei der Leistungserbringung unter Aufgabe der bisherigen Trennung zwischen Stadt- und Landkreis eine funktionale Fusion erreicht?

Vom Tag des Einzuges am 06.02.2008 und der damit verbundenen Zusammenführung der Hauptstellen im Kreishaus konnten die Aufgaben des Gesundheitsamtes Region Kassel gemeinsam erledigt werden. Für alle Produkte und Leistungen wurde in der rund einjährigen Vorbereitungsphase gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Ämter einheitliche Vorgehensweisen und Standards erarbeitet. Diese Vorleistung führte dazu, dass die gemeinsame Arbeit wenige Tage nach dem Umzug aufgenommen werden konnte.

Dies gilt, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, für die Bereiche, die erst in der 2. Umzugsphase am 02. Juni 2008 zusammengeführt werden.

Zu 2.: Wie bewertet der Magistrat die bisherigen Erfahrungen qualitativ?

Für eine qualitative Bewertung ist der Beurteilungszeitraum von 7 Wochen sehr kurz; tendenziell gibt es erste positive Erfahrungen.

Zu 3.: Welche Aufgaben werden noch getrennt nach örtlicher Zuordnung wahrgenommen?

Bereits vor der Fusion zeitlich terminierte Vorgänge und Projekte wie z. B. Schuleingangsuntersuchungen werden bis zur Erledigung in 2008 noch nach örtlicher Zuständigkeit getrennt wahrgenommen.

Zu 4.: Wird die psychosoziale Versorgung betroffener Menschen einheitlich oder getrennt nach Stadtbezirk und Landkreisbezirk erbracht?

Die sozialpsychiatrische Versorgung wird seit 7 Wochen einheitlich für die Region Kassel wahrgenommen. Die Verantwortung liegt in der Hand des leitenden Psychiaters und psychosozialen Koordinators aus dem ehemals städtischen Gesundheitsamt. Auch in diesem Bereich einigte man sich im Vorfeld der Fusion auf ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen auf der Basis der einschlägigen gesetzlicher Bestimmungen

Da für seelisch kranke Menschen konstante Bezugspersonen von besonderer Wichtigkeit sind, wurden Bezirkszuständigkeiten der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nicht verändert.

Zu 5.: Sind die Stellen im Bereich der psychosozialen Versorgung im Stellenabbauprogramm „90 Minus“ einbezogen und qualitativ bewertet worden?

Ja in diesem Bereich wurde 2007 eine Stelle zur Konsolidierung eingebracht.

Zu 6.: Hält der Magistrat die Qualität der psychosozialen Versorgung für sichergestellt?

Zum Zeitpunkt der Fusion hält der Magistrat die Qualität der psychosozialen Versorgung, soweit diese dem Gesundheitsamt obliegt, für sichergestellt.



Dr. Karin Seuren-Kronenberg

**Umsetzung Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) Umsetzung
Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in
Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit
durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi)**

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Zur Wiedereingliederung von erwerbslosen Frauen und Männern in Kassel wird angestrebt, durch Teilnahme am Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ mindestens 100 zusätzliche, befristete, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Dabei sind die folgenden Rahmenbedingungen zu beachten:

- a) Gefördert werden tariflich bzw. ortsüblich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für zusätzliche, wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Stadt Kassel bzw. anderer Arbeitgeber, die im Einvernehmen mit der Stadt Kassel tätig werden.
 - b) Die Arbeitsplätze müssen mit Personen besetzt werden, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos gemeldet sind und die seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II erhalten.
2. Die Stadt zahlt sowohl für eigene, als auch für Arbeitsverhältnisse, die bei Dritten im Rahmen des Programms abgeschlossen werden, ergänzende Lohnkostenzuschüsse.
 3. Für Arbeitsverhältnisse bei städtischen Ämtern werden im Sammelnachweis 1 (SN1) für das Haushaltsjahr 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von 280.000,00 € auf folgenden Sachkonten bereitgestellt:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
630 020 000 Gehälter einschl. Zulagen	227.000,00 €
641 000 000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gehaltsbereich	45.000,00 €
647 200 000 Zusatzversorgung Gehaltsbereich	8.000,00 €

Die Deckung der überplanmäßigen Mittel erfolgt durch die zusätzlichen Erträge aus Personalkostenerstattungen auf folgenden Sachkonten:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
508 101 100 Erstattungen von Personalaufwendungen vom Bund; aus dem Programm „Kommunal-Kombi“	112.000,00 €
508 101 500 Erstattungen von Personalaufwendungen vom sonst. öffentlichen Bereich; städt. Mittel aus dem Sachkonto 784 311 200 „Gemeinnützige Arbeit im Sinne des SGB II“	168.000,00 €

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die erforderlichen Finanzmittel bei der Haushaltsplanung berücksichtigt.“

Begründung:

Seit dem 01.01.2005 nimmt die Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH (AFK) die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II) im Auftrag der Agentur für Arbeit Kassel und der Stadt Kassel wahr.

Der Erbringungs- und Aufgabenübertragungsvertrag zwischen der Agentur für Arbeit Kassel und der Stadt Kassel ist bis zum 31.12.2009 befristet. Gem. dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 ist der § 44b SGB II (Errichtung von Arbeitsgemeinschaften) nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die o. g. Vorschrift bleibt bis zum 31.12.2010 anwendbar, wenn der Gesetzgeber nicht vorher eine andere Regelung trifft. Wenn der Gesetzgeber vor diesem Zeitpunkt eine neue Regelung vorgibt, werden alle Maßnahmen in der Rechtsnachfolge von den dann zuständigen Trägern übernommen.

Bei der Stadt Kassel werden die Aufgaben der Integration, Qualifizierung und der Steuerung von Arbeitsgelegenheiten sowie weiterer geförderter Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Sozialamt - Abteilung Kommunale Arbeitsförderung - aus Mitteln der AFK sowie ergänzend der Stadt Kassel wahrgenommen.

Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“

Gem. der Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 29.12.2007 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die „Richtlinien für das Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden (Bundesprogramm Kommunal-Kombi; s. Anlage)“ vom 14.12.2007 erlassen. Die Stadt Kassel gehört nach der Anlage zu den Richtlinien zu den „Förderfähigen Regionen im Bundesprogramm Kommunal-Kombi“. Mit der Umsetzung des Bundesprogramms und der Verwaltung der Bundesmittel wurde das Bundesverwaltungsamt beauftragt.

Mit dem Bundesprogramm wurde ein weiteres Instrument zur Integration von Langzeitarbeitslosen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen eingerichtet. Ziel ist die Schaffung zusätzlicher befristeter Arbeitsverhältnisse bei den Kommunen bzw. Trägern der freien Wohlfahrtspflege in den Jahren 2008 bis 2010. Die Förderung des Bundes wird aus Mitteln für das Arbeitslosengeld II zur Verfügung gestellt. Die komplementäre Finanzierung der Arbeitsverhältnisse soll durch die Förderung der Kommunen gesichert werden.

Mit dem Programm soll erreicht werden, dass durch die Beschäftigung der Zielgruppe, die im 1. Arbeitsmarkt keine Chancen hat, zum einen die Integrationen verbessert und gleichzeitig Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes eingespart werden.

Die Stadt Kassel soll sich an dem o. g. Programm beteiligen, um einen weiteren Beitrag zur Eingliederung bzw. Wiedereingliederung von erwerbslosen Männern und Frauen in den ersten Arbeitsmarkt durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu leisten.

Das Programm wird in enger Abstimmung zwischen dem Sozialamt / Kommunale Arbeitsförderung und der AFK umgesetzt.

Die Umsetzung ist wie folgt geplant:

- Das BMAS fördert im Programm über das Bundesverwaltungsamt jeden Arbeitsplatz mit 500,- € und einem Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen i.H.v. 200,- € aus ESF-Mitteln.
- Die Stadt stellt, verteilt über die Haushaltsjahre 2008 bis 2010, für mindestens 100 Arbeitsverhältnisse ergänzende Lohnkostenzuschüsse zur Verfügung. Es ist beabsichtigt bei städtischen Ämtern und Eigenbetrieben bis zu 50 Arbeitsplätze einzurichten.
- Die Stadt berät Arbeitgeber (in der Regel Träger der freien Wohlfahrtspflege) bei der Antragstellung und Projektabwicklung, mit denen das Einvernehmen über die Programmteilnahme hergestellt werden kann. Bei diesen Arbeitgebern sollen weitere 50 Arbeitsverhältnisse gefördert werden.

Bei der Programmumsetzung sind die Kriterien Zusätzlichkeit, Wettbewerbsneutralität und öffentliches Interesse streng zu beachten. Von den Arbeitsplätzen im Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ sollen keine negativen Wirkungen für bestehende Arbeitsverhältnisse ausgehen. Es sollen zusätzliche Werte und Dienstleistungen für den kommunalen Bereich geschaffen werden.

Grundlagen der Förderung

Die Programmumsetzung ist analog dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD; Entgeltgruppe 3) mit der Einstiegsvergütung für Personen mit einer Berufsausbildung bei einer 30-Stundenwoche kalkuliert. Es wird von einem Arbeitgeberbrutto von 1.450,- € ausgegangen. Davon werden 500,- € aus Bundesmitteln sowie 200,- € aus ESF-Mitteln erstattet. Von der Stadt sind folglich bis zu 750,- € bei innerstädtischen Arbeitsverhältnissen aufzubringen. Sollten städtische Ämter und Eigenbetriebe Personal mit einer höheren Vergütung als Entgeltgruppe 3 beschäftigen, so ist der Differenzbetrag aus den Eigenmitteln der Ämter bzw. aus anderen Drittmitteln zu tragen.

Um die Förderkonkurrenz zu anderen Programmen u. a. der Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH (AFK) (z. B. Entgeltvariante § 16 Abs. 3 SGB II sowie § 16a SGB II) zu vermeiden, wird der Lohnkostenzuschuss bei nicht städtischen Arbeitgebern im Rahmen einer Einzelfallprüfung auf bis zu 500,- € pro Monat begrenzt.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Stadt Kassel wurden zur Programmumsetzung Bundesmittel i.H.v. insgesamt 650.000,- € in Aussicht gestellt. Hinzu kommt eine Förderung aus ESF-Mitteln für Arbeitsgeberbeiträge zur Sozialversicherung von voraussichtlich bis zu 260.000,- €.

Der städtische Anteil wird sich auf 750.000,- € belaufen. Es ist mit Gesamtkosten von 1.660.000,- €, unter Berücksichtigung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu rechnen. Es können 100 tariflich bzw. ortsüblich entlohnte Arbeitsverhältnisse mit einjähriger Dauer geschaffen und finanziert werden.

Bei der Projektkalkulation kann eine Ersparnis von 250.000,- € bei den städtischen Leistungen (Kosten der Unterkunft, Beihilfen usw.) berücksichtigt werden, so dass sich der kommunale Nettoaufwand auf ca. 500.000,- € belaufen wird.

Programm: Kommunal-Kombi

Projektaufwand insgesamt: 1.660.000,- €

Bundesmittel:	650.000,- €
ESF-Mittel:	260.000,- €
städt. Mittel (brutto):	750.000,- €
Ersparnis (KdU):	-250.000,- €
städt. Mittel (netto):	500.000,- €

Von den 100 geplanten Arbeitsplätzen werden voraussichtlich 50 bei städtischen Ämtern und Eigenbetrieben geschaffen. D.h. für diese Arbeitsplätze müssen die Zuschüsse aus Bundes- und ESF-Mitteln ausgabewirksam für den städtischen Haushalt eingeplant werden. Für die 50 Arbeitsplätze bei Dritten erfolgt die Erstattung direkt durch das Bundesverwaltungsamt.

Der städtische Finanzierungsanteil für Lohnkostenzuschüsse sowohl bei der Stadt Kassel, als auch bei Dritten beläuft sich auf netto 150.000,- € für das Haushaltsjahr 2008, auf 200.000,- € für das Haushaltsjahr 2009 und auf wiederum 150.000,- € für das Haushaltsjahr 2010.

Programm: Kommunal-Kombi

	2008	2009	2010
städt. Ausgaben nach Haushaltsjahren:	362.000,- €	482.000,- €	361.000,- €
- Arbeitsplätze bei Stadt und Dritten			
städtische Eigenmittel nach Haushaltsjahren:	150.000,- €	200.000,- €	150.000,- €
Netto - Arbeitsplätze bei Stadt und Dritten			
Erstattungen für städtische Arbeitsplätze:	137.000,- €	182.000,- €	136.000,- €
- Bundesmittel, ESF-Mittel,			
Ersparnisse aus KdU	75.000,- €	100.000,- €	75.000,- €

Die erforderlichen Haushaltsmittel für 2008 in Höhe von 287.000,- € stehen im Teilhaushalt 50004 „Leistungen nach SGB II“ bereit und werden durch Minderausgaben im Sachkonto 784311200 „Gemeinnützige Arbeit im Sinne des SGB II“ gegenfinanziert.

Für Arbeitsverhältnisse bei städtischen Ämtern sind im Sammelnachweis 1 (SN1) für das Haushaltsjahr 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von 280.000,00 € auf folgenden Sachkonten bereitzustellen:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
630 020 000 Gehälter einschl. Zulagen	227.000,00 €
641 000 000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gehaltsbereich	45.000,00 €
647 200 000 Zusatzversorgung Gehaltsbereich	8.000,00 €

Die Deckung der überplanmäßigen Mittel erfolgt durch die zusätzlichen Erträge aus Personalkostenerstattungen auf folgenden Sachkonten:

Sachkonto:	Erforderliche Mittel
508 101 100 Erstattungen von Personalaufwendungen vom Bund; aus dem Programm „Kommunal-Kombi“	112.000,00 €
508 101 500 Erstattungen von Personalaufwendungen vom sonst. öffentlichen Bereich; städt. Mittel aus dem Sachkonto 784 311 200 „Gemeinnützige Arbeit im Sinne des SGB II“	168.000,00 €

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die erforderlichen Finanzmittel bei der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Der Magistrat wird diese Vorlage voraussichtlich in seiner Sitzung am 07.04.2008 beschließen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**Richtlinien
für das Bundesprogramm zur Förderung
von zusätzlichen Arbeitsplätzen,
die in Regionen mit besonders hoher
und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit
durch Kommunen geschaffen werden
(Bundesprogramm Kommunal-Kombi)**

Vom 14. Dezember 2007

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), fördert im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi nach Maßgabe dieser Richtlinien auf der Basis der §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den hierzu ergangenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV-BHO) sowie im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes für den Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1063/2006 des Rates vom 11. Juli 2006, der Verordnung (EG) Nr. 1061/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 sowie der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. September 2006 zusätzliche Arbeitsplätze im kommunalen Bereich.

1.2 Ziel des Bundesprogramms Kommunal-Kombi ist die Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktp Problemen durch Förderung von befristeter Beschäftigung. Dabei ist die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip zu verfolgen. Mit diesem Programm soll insbesondere ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen und damit zum Aufbau von sozialem Kapital vor Ort geleistet werden. Zudem wird auch der Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen entlastet.

2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Gemeinden, Städte oder Kreise zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben durch die Gewährung von Zuwendungen.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können Arbeitgeber sein, die Arbeitsplätze nach Maßgabe dieser Richtlinien einrichten. In Betracht kommen als Arbeitgeber insbesondere Gemeinden, Städte oder Kreise. Gefördert werden können auch andere Arbeitgeber im Einvernehmen mit den Arbeitgebern nach Satz 2.

4 Art, Umfang, Höhe der Zuwendung

4.1 Zuwendungen werden als nicht rückzahlbare Zuschüsse zur Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung gewährt.

4.2 Der Zuschuss des Bundes pro Arbeitsplatz beträgt die Hälfte des Arbeitnehmer-Bruttoarbeitsentgelts, höchstens 500 € monatlich.

4.3 Falls zur Finanzierung des Arbeitsplatzes keine Landesmittel des ESF eingesetzt werden, können zusätzlich aus Bundesmitteln des ESF pro gefördertem Arbeitsplatz

- a) die tatsächlich anfallenden Kosten für die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber in einer Höhe von bis zu 200 € monatlich bezuschusst werden und
- b) für Arbeitnehmer nach Nummer 5.3, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, der Zuschuss nach Nummer 4.2 um 100 € monatlich erhöht werden.

4.4 Eine gleichzeitige Förderung mit Leistungen zur Eingliederung an Arbeitgeber nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist ausgeschlossen.

5 Fördervoraussetzungen

5.1 Gefördert werden können Arbeitsplätze in den förderfähigen Regionen. Förderfähig sind Arbeitsplätze in den in der Anlage aufgelisteten Kreisen und kreisfreien Städte mit einer gerundeten Gesamtarbeitslosenquote (Zweites und Drittes Buch Sozialgesetzbuch) von mindestens 15 % auf der Grundlage der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in dem Zeitraum 8/2006 bis 4/2007.

5.2 Die Arbeitsplätze müssen für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten im Sinne der Vorschriften der §§ 261 oder 270a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) in diesen Regionen bereitgestellt werden.

5.3 Die Arbeitsplätze sind zu besetzen mit Beziehern von Arbeitslosengeld II, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos gemeldet sind und die seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II bezie-

hen und die zum Zeitpunkt der Stellenbesetzung in einer der in der Anlage angegebenen Regionen arbeitslos gemeldet sind. In besonderen Härtefällen kann von der ununterbrochenen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes II von 12 Monaten abgewichen werden.

5.4 Das zu zahlende Arbeitsentgelt muss den tariflichen Arbeitsentgelten oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, den für vergleichbare Arbeiten ortsüblichen Arbeitsentgelten entsprechen. Die Arbeitszeit soll im Regelfall 30 Stunden wöchentlich betragen.

5.5 Die Gesamtfinanzierung muss sichergestellt sein und im Antragsformular dargelegt werden. Neben den Bundesmitteln des ESF dürfen keine Landesmittel des ESF zur Finanzierung herangezogen werden.

5.6 Die Zuwendungen werden dem Arbeitgeber als Zuwendungsempfänger auf dessen schriftlichen Antrag bei Vorliegen der vorgenannten Fördervoraussetzungen gewährt.

6 Programmvolumen/Verteilungsschlüssel

6.1 Vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2009 können zusätzliche Arbeitsplätze gefördert werden.

6.2 Für jede Region ist zunächst für die Jahre 2008 und 2009 ein Kontingent vorgesehen, das anteilig nach der Höhe der Arbeitslosenquote SGB II der Region festgelegt wird. Wird dieses Kontingent bis zum 30. September jeden Jahres nicht ausgeschöpft, können die freien Kontingente anderen Regionen zugeteilt werden.

7 Beginn der Förderung/Förderdauer

7.1 Die erstmalige Besetzung des Arbeitsplatzes muss zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 31. Dezember 2009 liegen.

7.2 Eine Förderung des Arbeitsplatzes ist maximal für die Dauer von 3 Jahren, längstens bis zum 31. Dezember 2012 möglich.

7.3 Wird ein geförderter Arbeitsplatz in Folge des Ausscheidens eines Arbeitnehmers frei, kann dieser Arbeitsplatz erneut mit einem Bezieher von Arbeitslosengeld II nach Nummer 5.3 dieser Richtlinien bis zum Ablauf der dreijährigen Förderdauer besetzt werden.

7.4 Eine Förderung des Arbeitsplatzes erfolgt nur für den Zeitraum, in dem Arbeitsentgelt nach Nummer 5.4 dieser Richtlinien zu zahlen ist.

8 Programmumsetzung/Verfahren

8.1 Die Durchführung des Programms erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt, im Folgenden Bewilligungsstelle genannt. Die Bewilligungsstelle entscheidet aufgrund dieser Richtlinien im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens und der verfügbaren Mittel über eine Förderung. Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht.

8.2 Entsprechend der Nummer 1.4 VV zu § 44 BHO soll im Wege des Einvernehmens das Bewilligungsverfahren für alle Zuwendungsgeber einschließlich der Prüfung der verwendeten Zuwendungen durch die Bewilligungsstelle erfolgen.

8.3 Der Bewilligungsstelle obliegt die Information und Beratung der Antragsteller, die Prüfung der Anträge, die Bewilligung der Zuwendungen, die Auszahlung der Zuwendungen an die Arbeitgeber sowie die Prüfung der Mittelverwendung (Verwendungsnachweisprüfung), die Berichterstattung und der Abschluss des Gesamtprogramms in eigener Zuständigkeit.

Die Abrechnungsunterlagen sind entsprechend Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (Durchführungsverordnung) durch die Bewilligungsstelle zu erstellen. Ebenfalls hat die Bewilligungsstelle sicherzustellen, dass die erforderlichen ESF-Angaben gemäß Anhang XXIII derselben Verordnung vorliegen.

8.4 Die Bewilligung der Zuwendung erfolgt in Abhängigkeit und nach Maßgabe der in den Haushalten 2008 bis 2012 des BMAS zur Verfügung stehenden und an das Bundesverwaltungsamt zur Bewirtschaftung zugewiesenen Mittel.

8.5 Die Neuverteilung des bis zum 30. September jeden Jahres nicht ausgeschöpften Kontingentes (Nummer 6.2) erfolgt durch die Bewilligungsstelle im Einvernehmen mit dem BMAS.

9 Geltung von Vorschriften

9.1 Für die Durchführung dieser Richtlinien gelten der Dritte Abschnitt des Ersten Buches Sozialgesetzbuch und das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch entsprechend, soweit die Besonderheiten dieser Richtlinien dem nicht entgegenstehen. Im Übrigen gelten für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Bewilligungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung die §§ 23, 44 BHO, die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit nicht in dieser Richtlinien Abweichungen zugelassen sind.

9.2 Der Bundesrechnungshof ist gemäß den §§ 91 und 100 BHO zur Prüfung berechtigt. Des Weiteren sind aufgrund der Mittel aus dem ESF die Europäische Kommission einschließlich des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Europäische Rechnungshof, die Bescheinigungsbehörde des Bundes, die ESF-Prüfbehörde des Bundes sowie die ESF-Verwaltungsbehörde des

Bundes entsprechend Artikel 19 Abs. 2 der Durchführungsverordnung (1828/2006) prüfberechtigt. Alle Belege (Antrag, Zusage, Rechnungen usw.) sind mindestens fünfzehn Jahre aufzubewahren, sofern nicht nach steuerlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.

9.3 Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, im Rahmen der Finanzkontrolle durch die in Nummer 9.2 dieser Richtlinien genannten Stellen mitzuwirken und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die im Zusammenhang mit den beantragten Zuwendungen stehenden Daten werden auf Datenträger gespeichert. Mit seinem Antrag erklärt sich der Antragsteller damit einverstanden, dass die Daten an die Europäische Kommission und an die mit der Evaluierung beauftragten Stellen weitergegeben werden können.

9.4 Der Zuwendungsempfänger hat sein Einverständnis zu geben, dass entsprechend Artikel 69 der Verordnung 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 in Verbindung mit Artikel 7 Abs. 2 Buchstabe d der Verordnung 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006, sein Name, das Vorhaben und der Förderbetrag in einem Verzeichnis der Begünstigten veröffentlicht wird.

10 Inkrafttreten

Die Richtlinien treten am 1. Januar 2008 in Kraft.

Berlin, den 14. Dezember 2007

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Im Auftrag
Weiland

Anlage

Förderfähige Regionen im Bundesprogramm Kommunal-Kombi (Durchschnittl. Arbeitslosenquote 8/2006 bis 4/2007 ≥ 15 %, gerundet)

Durchschnittliche Arbeitslosenquote 8/2006 bis 4/2007 nach Kreisen und kreisfreien Städten (Rechtskreise SGB II und SGB III, bezogen auf alle Erwerbspersonen), nach Gebietsreform in Sachsen-Anhalt zum 1. Juli 2007			
Uecker-Randow	24,5	Schwerin, Landes-	17,1
Demmin	24,4	hauptst.	
Uckermark	23,0	Sömmerda	17,0
Cörlitz, Stadt	22,5	Sächsische Schweiz	17,0
Hoyerswerda, Stadt	22,4	Mittlerer Erzgebirgskreis	16,7
Kyffhäuserkreis	22,1	Berlin, Stadt	16,5
Mansfeld-Südharz	22,0	Parchim	16,4
Mecklenburg-Strelitz	21,7	Zwickauer Land	16,4
Oberspreewald-Lausitz	21,7	Ilm-Kreis	16,3
Elbe-Elster	20,8	Wittenberg	16,3
Stendal	20,7	Annaberg	16,3
Stralsund, Hansestadt	20,6	Oder-Spree	16,3
Güstrow	20,5	Halle (Saale), Stadt	16,2
Ostvorpommern	20,5	Plauen, Stadt	16,1
Burgenland	20,1	Altmarkkreis Salzwedel	16,1
Nordvorpommern 1	19,8	Unstrut-Hainich-Kreis	16,1
Altenburger Land	19,8	Delitzsch	16,1
Niederschles.	19,6	Dessau-Roßlau, Stadt	16,0
Oberlausitzkr.		Herne, Stadt	16,0
Bremerhaven, Stadt	19,5	Harz	15,9
Neubrandenburg, Stadt	19,3	Märkisch-Oderland	15,8
Wismar, Hansestadt	10,9	Jerichower Land	15,7
Brandenburg	18,9	Dortmund, Stadt	15,7
a. d. Havel, St.		Döbeln	15,7
Prignitz	18,9	Weimar, Stadt	15,7
Löbau-Zittau	18,6	Chemnitzler Land	15,4
Ostprignitz-Ruppin	18,6	Duisburg, Stadt	15,4
Salzland	18,5	Barnim	15,4
Cottbus, Stadt	18,5	Chemnitz, Stadt	15,3
Greifswald, Hansestadt	18,4	Erfurt, Stadt	15,2
Müritz	18,2	Pirmasens, Stadt	15,0
Bautzen	18,1	Kassel, Stadt	15,0
Gelsenkirchen, Stadt	18,1	Emden, Stadt	15,0
Nordhausen	18,0	Saalekreis	14,97
Zwickau, Stadt	18,0	Muldentalkreis	14,97
Anhalt-Bitterfeld	17,9		
Aue-Schwarzenberg	17,7	Anzahl Kreise ab 15 %	
Leipzig, Stadt	17,7	(kaufmännisch gerundet	79
Torgau-Oschatz	17,6		
Riesa-Großenhain	17,6	Grundsicherungsstellen	98
Rügen	17,6		
Magdeburg, Landes-	17,6	davon:	
hauptst.		Arbeitsgemeinschaften	
Spree-Neiße	17,5	(71 + 12 Jobcenter in	
Gera, Stadt	17,4	Berlin)	
Frankfurt (Oder), Stadt	17,2	zugel. kommunale Träger	
Rostock, Hansestadt	17,1	getrennte Aufgaben-	
Leipziger Land	17,1	wahrn.	



Vorlage Nr. 101.16.819

Kassel, 12.02.2008

Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Der Deutsche Städtetag hat im Dezember die Initiative „Integration gemeinsam schaffen – christlich-muslimische Friedensinitiative“ vorgestellt: Diese Initiative wird vom Deutschen Städtetag, von muslimischen und christlich-muslimischen Verbänden und bekannten Persönlichkeiten unterstützt.

Ziel der Initiative ist es:

- Gemeinsam mit Menschen aus allen Kulturkreisen ein friedliches und tolerantes Zusammenleben mit Menschen aus muslimischen Kulturkreisen in Deutschland zu fördern,
- für ein gutes Zusammenleben der Kulturen permanent und mit einfachen Mitteln und Beispielen Signale zu geben.

Ca. 12 % der Bevölkerung der Stadt Kassel sind BürgerInnen muslimischen Glaubens. Viele sind inzwischen eingebürgert.

1. Die Zahl der SeniorInnen muslimischen Glaubens nimmt zu. Werden seitens der muslimischen MitbürgerInnen Plätze in Seniorenheimen nachgefragt oder erfolgen erforderliche Betreuungen im Familienverband?
2. Gibt es Träger vorhandener Senioreneinrichtungen, die auf die besonderen Anforderungen im Hinblick auf Nahrungsversorgung, Überwindung der sprachlichen Barrieren und Vorhaltung eines Gebetsraumes vorbereitet sind oder Offenheit signalisieren, im Bedarfsfall Lösungen zu finden?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Petra Friedrich

gez. Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.831

Kassel, 18.02.2008

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 06. Mai 2008 zurückgezogen.

Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich der Forderung des Behindertenbeirates nach einem barrierefreien Umbau der KVG-Haltestelle „Fuldaseen“ und der Einrichtung eines gefahrlosen Überweges dort anzuschließen. Die KVG soll diesbezüglich dem Umbau der Haltestelle eine höhere Priorität als bisher einräumen.

Begründung:

Die Haltestelle wird wegen der nahe liegenden Sporthalle der Behindertensportgemeinschaft täglich von Menschen mit Behinderungen genutzt. Durch die Lage der Haltestelle (in einer Kurve und vor/hinter einer Kuppe) ergeben sich immer wieder gefährliche Situationen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Donald Strube

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende

Kosten der Unterkunft anpassen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

Die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) für Transferleistungsbezieher werden um die wegen der erhöhten Abwassergebühren zu erwartenden Steigerung der Nebenkosten angepasst.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schomburg

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.866

Kassel, 11.03.2008

Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel spricht sich für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche aus.

Als einen Schritt in diese Richtung soll eine Änderung von § 11 Absatz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch dahingehend gefordert werden, dass das Kindergeld für Kinder bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II nicht als Einkommen angerechnet wird.

Denn das Kindergeld soll zweckgebunden dazu dienen, dass dem Kind Bildung, Erziehung und Teilhabe ermöglicht werden. Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, sich in diesem Sinne beim Deutschen Städtetag einzusetzen, und eine entsprechende Initiative auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Durch die Berücksichtigung des Kindergeldes bei der ALG II-Berechnung kommt es dazu, dass das Kindergeld dazu dient, den Unterhalt der Mutter, des Vaters oder der Bedarfsgemeinschaft zu sichern. Mittel die dem Kind zufließen sollen, müssen auch dem Kind zu Gute kommen.

In den letzten Jahren hat die Armut von Kindern in Deutschland stark zugenommen. Waren 1999 nur etwa 12 Prozent der Bevölkerung arm, hat sich dieser Anteil im Jahre 2005 auf mehr als 17 Prozent erhöht. Dabei ist die Kinderarmutsrate überproportional gestiegen.

In Kassel lebten im Dezember 2007 (laut AfK Geschäftsbericht) in 14.058 Bedarfsgemeinschaften insgesamt 8.752 Kinder – im Juni waren es noch 7.748 Kinder.

Das bedeutet: Tendenz steigend. Diese Kinder erhalten einen Regelsatz, der unter dem Niveau der alten Sozialhilfe liegt und es ihnen nicht erlaubt, unter angemessenen soziokulturellen Bedingungen aufzuwachsen. Als strategischer Partner bei der Durchsetzung kommunaler Belange gegenüber der Bundesregierung soll mit diesem Antrag der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel der Deutsche Städtetag gewonnen werden.

Berichterstatte/-in: Stadtverordnete Lipschik

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende

Zum Stand Fusion der Gesundheitsämter

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit ist bei der Leistungserbringung unter Aufgabe der bisherigen Trennung zwischen Stadt- und Landkreis eine funktionale Fusion erreicht?
2. Wie bewertet der Magistrat die bisherigen Erfahrungen qualitativ?
3. Welche Aufgaben werden noch getrennt nach örtlicher Zuordnung wahr genommen?
4. Wird die psycho-soziale Versorgung betroffener Menschen einheitlich oder getrennt nach Stadtbezirk und Landkreisbezirk erbracht?
5. Sind die Stellen im Bereich der psycho-sozialen Versorgung im Stellenabbauprogramm „90 Minus“ einbezogen und qualitativ bewertet worden?
6. Hält der Magistrat die Qualität der psycho-sozialen für sichergestellt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Friedrich

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende